

---

# NIEDERSCHRIFT

## Niederschrift Nr. 4

### Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 07.12.2011

### Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

#### Stimmberechtigte Mitglieder

#### Kreistagsmitglieder

Christel Ciecior (SPD)  
Hartmut Ganzke (SPD)  
Jens Hebebrand (SPD)  
Claudia Isenberg (SPD)  
Gerd Oldenburg (SPD)  
Michael Blandowski (CDU)  
Paul-Heinz Kranemann (CDU)  
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)  
Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Heike Schaumann (FDP)  
Werner Sell (DIE LINKE.)  
Helmut Stalz (FWG)  
Dr. Matthias Laarmann (GFL)  
Manuela Werbinsky (SPD)  
Gerhard Meyer (CDU)  
Martina Plath (CDU)  
Marlies Deppe (CDU)

### sachkundige Bürger

Eleonore Köth-Feige (SPD)  
Siegfried Pogadl (SPD)  
Klaus-Peter Winkler (SPD)  
Agnes Pietz-Colmer (FDP)

### Von der Verwaltung

#### Zuhörer/innen

Herr Sparbrod, Dez. III  
Jobcenter des Kreises Unna  
Herr Diekmännken, L FB 50  
Geschäftsführer des Jobcenters  
Frau Scholz, Schriftführerin

### Gäste und

Frau Brehmer,  
Herr Neuhaus,  
Kreises Unna

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1**

Fragestunde für Einwohner/innen

#### **Punkt 2**

Vorstellung und Bericht der Inklusionsbeauftragten des Jobcenters Unna

#### **Punkt 3**

215/11

Verlängerung der Vereinbarung zur Durchführung der sozialen Schuldner- und Insolvenzberatung

#### **Punkt 4**

216/11

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2011

#### **Punkt 5**

214/11

Produktorientierter Haushalt 2012 – Budget Arbeit und Soziales

**Punkt 6**

Jobcenter Kreis Unna - Aktuelle Entwicklungen und Arbeitsmarktprogramm 2012;  
Bericht der Geschäftsführung

**Punkt 7**

Frühförderung im Kreis Unna;  
Bericht zur aktuellen Situation

**Punkt 8**

219/11  
Zuschuss zur Unterstützung Modellhafter Sozialarbeit

**Punkt 9**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

**Nicht öffentlicher Teil**

**Punkt 10**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

**Öffentlicher Teil**

**Punkt 1**

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2**

Vorstellung und Bericht der Inklusionsbeauftragten des Jobcenters Unna

**Erörterung**

Frau Brehmer vom Jobcenter Kreis Unna stellt sich persönlich vor und teilt mit, dass sie seit dem Frühjahr in einer Stabsfunktion arbeite. Dies sei der Bereich Koordination und Entwicklung von Eingliederungsleistungen, mit dem Schwerpunkt Inklusion. Ihre Arbeit sei die Teilhabe am Arbeitsleben für die Kunden im SGB II-

Bereich. Es werde davon ausgegangen, dass über das Arbeitsleben auch eine vollständige Inklusion in die Gesellschaft erreicht werden könne, somit eine vollständige Teilhabe. Insgesamt handele es sich um ein schwieriges Thema, da die Strukturen unterschiedlich aufgebaut seien. Zunächst sei geschaut worden, mit welchen Menschen man es zu tun habe. Aus einer Definition im SGB IX gehe hervor, welche Menschen behindert seien. 70 % aller schwerbehinderten Arbeitslosen befänden sich im SGB II-Bereich und ca. 1.000 Menschen im Bereich Teilhabe am Arbeitsleben. Die anderen Teilhabe-Bereiche (Teilhabeerhalt durch Krankenkassen, Kommunen) seien statistisch nicht erfasst. Es gebe auch noch weitere Personengruppen (z.B. Menschen an der Grenze zur Behinderung, Menschen mit psychischen Behinderungen), die betreut werden müssten. Es werde davon ausgegangen, dass etwa 30-40 % der Kunden in irgendeiner Form behindert seien. Dies werde als Ursächlichkeit für die Arbeitslosigkeit gesehen, denn diese Menschen seien nicht arbeitslos, weil sie keine Lust zum Arbeiten hätten, sondern weil eine Form der Behinderung vorläge. Hier werde der Aufgabenschwerpunkt darin gesehen, die Menschen in Arbeit zu bringen bzw. einzugliedern. Die Inklusion solle durch die Entwicklung von Projekten, die interne Beratung, Koordination und die Netzwerkarbeit nach innen und außen angestoßen werden. Ein wichtiger Punkt sei auch die Weiterbildung von Mitarbeitern. Auch die Produktionsschulen seien von großer Bedeutung, denn die Produktionsschule sei im Grunde ein Inklusionsbetrieb. Dort stünden nichtbehinderte und behinderte Menschen in enger Zusammenarbeit.

Auf Nachfrage teilt Frau Brehmer mit, dass die Bewusstseinsänderung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Wie die Arbeitgeber mit diesem Thema umgingen, sei durchaus abhängig von Angebot und Nachfrage.

Auf eine weitere Nachfrage erörtert Frau Brehmer, dass es an Fördermöglichkeiten nur das Angebot gebe, was der Gesetzgeber letztendlich vorhalte. Die klassischen Instrumente seien Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und Ausbildungszuschüsse. Es solle ein Landesprogramm folgen. Interessant seien hier die Integrationsfirmen. Dort säßen viele Fördergeber an einem Tisch und die Fördermöglichkeiten würden abgestimmt. Hier seien der LWL, der Kreis, das Jobcenter, die Agentur für Arbeit und bei der Aktion Mensch das Land NRW involviert. Dies wäre letztendlich auch eine Lösung für einen Teil dieser Problematik die Fördergelder zu bündeln.

Frau Brehmer informiert darüber, dass zwischenzeitlich Anfragen anderer Jobcenter in Bezug auf die Funktion einer/eines Inklusionsbeauftragten vorlägen. Die Stellen seien noch nicht eingerichtet, aber das Interesse sei definitiv vorhanden.

Abschließend teilt sie mit, dass sie ihre Funktion als Inklusionsbeauftragte als Vollzeitbeschäftigte ausübe.

Herr Sparbrod ergänzt den Vortrag und teilt mit, dass es im Kreis Unna gute Erfahrungen mit behinderten/schwerbehinderten Menschen in Firmen gebe. Die Mittel vom Landschaftsverband würden zur Förderung von Arbeitsplätzen genutzt. Es werde versucht, dass Arbeitgeber auch bei entstehenden Schwierigkeiten diese Personen weiterbeschäftigen. Wichtig sei hier eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Unna und dem Jobcenter Kreis Unna, denn so könne evtl. auch eine gemeinsame Finanzierung stattfinden.

Auf Nachfrage teilt Frau Brehmer mit, dass die Mitarbeiter neu geschult würden und jeder Arbeitsplatz individuell betrachtet werden müsse. Sie werde im Einzelfall auch mit einbezogen.

Herr Neuhaus ergänzt, dass es gute Erfolge u.a. in dem Bereich der Menschen mit Behinderungen gebe. Die Arbeitgeber hätten zwar teilweise Vorbehalte, würden aber entsprechend informiert und geschult. Insbesondere müsse die Bundesagentur für Arbeit stärker eingebunden werden. Daher werde versucht entsprechende Vereinbarungen abzuschließen. Hier gebe es u.a. vom Landschaftsverband, dem politischen sowie dem Verwaltungsspektrum oder auch vom Land Nordrhein-Westfalen sehr gute Zugänge. Es müsse versucht werden, möglichst viele Möglichkeiten für den Bereich der Menschen mit Behinderungen zu erschließen. Er führt aus, dass sich innerhalb der Produktionsschulen sehr viele Förderschüler aus dem Bereich der Lernbehinderten befänden. Hier handele es sich um eine Dimension von ca. 30-40 %. Durch die Einrichtung der Produktionsschule würde eine Förderlücke gefüllt, da sich für diese Personengruppen häufig keine anderen Fördergeber finden ließen. Die Produktionsschulen würden zunächst bis zum 31.08.2012 aufrecht erhalten, aber eine langfristige Rettung der Produktionsschulen sei noch nicht sicher.

Herr Sparbrod teilt mit, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie am 06. März 2012 das Sachgebiet Schwerbehindertenangelegenheiten vorgestellt und gemeinsam mit dem Jobcenter versucht werde, entsprechende Zahlen, Daten und Fakten darzustellen.

Der Vorsitzende fragt nach, ob bezüglich der Rechtskreisproblematik zum Thema Inklusion bereits Gespräche mit der Bundesagentur geführt würden. Herr Neuhaus antwortet daraufhin, dass schon erste Vereinbarungen im Bereich behinderter Menschen mit der Bundesagentur getroffen worden seien. Im neuen Arbeitsmarktprogramm sei auch die Vereinbarung für die unter 25-Jährigen abgebildet. Dort werde insbesondere versucht, die Situation bei der beruflichen Erstintegration zu verbessern. Auch gebe es eine neue Vereinbarung zum Übergangsmanagement SGB III/SGB II.

### **Punkt 3**

215/11

Verlängerung der Vereinbarung zur Durchführung der sozialen Schuldner- und Insolvenzberatung

### **Erörterung**

Herr Sparbrod teilt mit, dass aufgrund seiner Ausfallzeit und der von Herrn Diekmännken keine neue Vereinbarung abgeschlossen worden sei. Im 1. Halbjahr 2012 solle eine neue Vereinbarung vorgelegt werden, entsprechende Gespräche seien noch zu führen. Bezogen auf einen Hinweis von Herrn Stalz teilt Herr Sparbrod mit, dass die in der Vereinbarung benannten Anlagen 1 und 2 der Niederschrift beigefügt würden. Herr Meier bittet darum, bei den noch zu führenden Gesprächen den Kündigungstermin (9 Monate vorher) im Auge zu behalten. Daraufhin äußert Herr Sparbrod, dass aufgrund dessen auch versucht werde, so schnell wie möglich eine Lösung zu erarbeiten. Wenn Kündigungen erfolgten, würde der Arbeitgeber der betreffenden Kolleginnen und Kollegen die Kündigungen direkt weitergeben müssen. Diese Situation solle vermieden werden und es solle im Vorfeld einer Kündigung schon Klarheit darüber geben, in welche Richtung es gehe.

## **Beschluss**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag stimmt der Verlängerung der Vereinbarung nach § 17 Abs. 2 SGB II / § 75 Abs. 3 SGB XII zwischen dem Kreis Unna als Träger der Sozialhilfe nach dem SGB XII und als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, der Stadt Lünen, der S.I.G.N.A.L gGmbH (als Rechtsnachfolger des Vereins S.I.G.N.A.L. e.V.) und der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Unna, als Träger der sozialen Schuldner- und Insolvenzberatung bis zum 31.12.2012 zu.

## **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 4**

216/11

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2011

## **Erörterung**

Herr Sparbrod führt aus, dass aufgrund dieses Beschlusses auch die Restzahlungen vorgenommen würden. Dies hänge aber nicht mit einer neuen Vereinbarung zusammen, die noch zum Abschluss anstehe. Aufgrund der Ausfallzeit von Herrn Sparbrod stehe ein neuer Termin mit den Wohlfahrtsverbänden im Januar 2012 an. Bis zur Klausurtagung der Wohlfahrtsverbände, Ende März 2012, solle eine angepasste Vereinbarung stehen.

Frau Schaumann sieht hier die Wohlfahrtsträger in der Pflicht, sich für eine Spezifizierung des Vertrages einzusetzen. Eine Kündigung zur Erzwingung eines neuen Vertrages mit einer größeren Spezifizierung sei zu überlegen.

Herr Kranemann äußert sich für die CDU-Fraktion und teilt mit, dass der beigefügte Verwendungsnachweis für die Zukunft so nicht mehr zu akzeptieren sei. Es werde ein anderer Verwendungsnachweis gewünscht.

Herr Sparbrod teilt mit, dass den Wohlfahrtsverbänden, auch von Seiten der Politik, erklärt worden sei, dass ein den Neuerungen angepasster Vertrag erwartet werde. Er könne sich vorstellen, dass es nun auch ohne eine Kündigung des Vertrages zu einer Lösung kommen werde.

Herr Ganzke äußert sich für die SPD-Fraktion dahingehend, dass es zu einer vernünftigen Einigung mit den Wohlfahrtsverbänden kommen werde und diese auch wissen, dass dies seitens der Politik als wichtige Angelegenheit angesehen werde.

## **Beschluss**

Den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Unna, hier: Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Unna, sowie Diakonie werden aus Haushaltsmitteln des Jahres 2011 auf der Grundlage der Vereinbarung vom 03.05.2000 Zuschüsse für die

Wahrnehmung von zusätzlichen und ergänzenden Aufgaben der sozialen Arbeit in Höhe von je 30.677 €, insgesamt 153.385 €, bewilligt. Weitere 1.535 € erhält der Caritasverband für den Kreis Unna e.V. als der für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Unna zur Zeit tätige Sprecherverband.

Der gemeinsame Verwendungsnachweis für das Jahr 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Für das Jahr 2012 soll die Auszahlung und Mittelverwendung auf der Grundlage einer dann modifizierten Vereinbarung erfolgen. Der Landrat wird beauftragt, eine solche Vereinbarung dem Kreistag spätestens im II. Quartal 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 5**

214/11

Produktorientierter Haushalt 2012 – Budget Arbeit und Soziales

### **Erörterung**

Herr Sparbrod erläutert den Entwurf des Haushaltes des Budgets Arbeit und Soziales. Es soll eine Zielvereinbarung (1 %ige Einsparung plus Auffangen der weiteren Kosten aus den Regelsatz- und Energiekostenanpassungen) mit dem Jobcenter geben. Die Zielvereinbarung solle abgeschlossen werden, sobald der Haushalt in der angedachten Form beschlossen werde. Der aufgestellte Haushalt sei reell und er schlage vor, den Haushalt in dieser Form passieren zu lassen.

Der Entwurf für den Produkthaushalt 2012 des Budgets Arbeit und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

### **Punkt 6**

Jobcenter Kreis Unna - Aktuelle Entwicklungen und Arbeitsmarktprogramm 2012;

Bericht der Geschäftsführung

### **Erörterung**

Herr Neuhaus erläutert das Arbeitsmarktprogramm anhand eines Foliendruckes, welcher dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist. Er gehe davon aus, dass im Vergleich zum Vorjahr 5 Mio. € weniger für die aktive Arbeitsmarktpolitik für die SGB II-Nutzung im Kreis Unna zur Verfügung stehen würden. Um einen angemessenen Personalstamm halten zu können, müssten mit einem entsprechenden Beschluss der Trägerversammlung 5-10 % umgeschichtet werden. Es müsse versucht werden, aus den verbleibenden Mitteln möglichst viel Effizienz bzw. Effektivität herauszuziehen. Für das Modellprojekt „50 Plus“ gebe es 2,5 Mio. € und fast 22 zusätzliche Mitarbeiter. Dort sei das Jobcenter überaus erfolgreich. Es könnten 536 Personen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden; die Zielsetzung seien 410 Personen gewesen. Diese Region habe eine Springflut an geringfügigen Beschäftigten (400,- €-Jobs). Es

gebe kaum eine andere Region, in der ein so hoher Anstieg zu verzeichnen sei. Hier gebe es die Möglichkeit, an einem besonderen Projekt des Landes teilzunehmen, um die Strategien verfeinern zu können. Dann werde mit Bielefeld, Duisburg und Dortmund zusammengearbeitet unter wissenschaftlicher Begleitung. Das Thema Bürgerarbeit solle im nächsten Jahr weitere Erfolge bringen, es sei eine Aufstockung von 200 auf 285 Plätze erreicht worden. Eine vollständige Besetzung dieser Plätze sei bis März 2012 angedacht.

Zur aktuellen Entwicklung teilt Herr Neuhaus mit, dass der Bund seine passiven Leistungen um 3 Mio. € reduziere und auf kommunaler Seite die Kosten um 2 Mio. € steigen würden. Kostensteigerungen lägen u.a. bei den Energiekosten, Warmwasserkosten oder bei den Regelsätzen vor. Seit April 2011 seien Bedarfsgemeinschaften abgebaut worden. Es gebe aus dem Unterausschuss den Wunsch, dass hier intensivere Erläuterungen erfolgten auch zur Frage, wie die aktive Arbeitsmarktpolitik im Kreis Unna umgesetzt werde. Das Jobcenter würde die eigene Arbeitsweise gerne offenlegen und sei jederzeit bereit, Transparenz zu zeigen.

Der Vorsitzende bittet um eine Erläuterung zu Amazon. Herr Neuhaus teilt mit, dass es aktuell 920 Integrationen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen bei Amazon gebe. Dieser Amazon-Effekt wirke sich auf den Kreishaushalt mit 320.000,- € aus. Dies sei nur der Wert des Jahres 2011 und berücksichtige nicht den Wert der in 2010 realisierten Integrationen, denn die meisten dieser Personen hätten Weiterbefristungen oder auch Dauerarbeitsverhältnisse bekommen. Die Praktika bei Amazon seien gesetzmäßig, es gebe Praktika von bis zu vier Wochen. Die neue gesetzliche Regelung erlaube sogar Praktika von bis zu 12 Wochen. Ein Skandal sei hier nicht erkennbar. Bei Amazon gebe es viele Personen aus dem SGB II-Bereich, die vorher über viele Jahre nicht einen Tag erwerbstätig waren und die sich über ihre dortige Tätigkeit freuten. Sie würden in der Stunde 9,65 € verdienen und es gebe keine schlechten Arbeitsbedingungen.

Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Kreis Unna ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

### **Punkt 7**

Frühförderung im Kreis Unna;  
Bericht zur aktuellen Situation

### **Erörterung**

Herr Sparbrod teilt mit, dass es zu dieser Thematik Ende Januar 2012 zunächst ein Gespräch unter Beteiligung der Frühförderstelle, deren Dachverband und dem Fachbereich 53 geben werde. Danach erfolge dann die Entscheidung, ob eine erneute Bearbeitung im Ausschuss erforderlich werde.

Herr Stalz fragt nach, wann die in dem Antwortschreiben an die FWG unter Nr. 3 benannte Zielvereinbarung vorgelegt werde. Herr Sparbrod antwortet, dass diese in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie am 06. März 2012 vorgelegt werde.

## **Punkt 8**

219/11

Zuschuss zur Unterstützung Modellhafter Sozialarbeit

### **Beschluss**

Dem Kirchenkreis Lünen wird ein einmaliger zweckgebundener Zuschuss in Höhe von 500 Euro für die sächliche Ausstattung der Sozialberatungsstelle der Ev. Kirchengemeinden im Haus der Diakonie in Lünen gewährt.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 9**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich keine.

## **Nicht öffentlicher Teil**

### **Punkt 10**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.25 Uhr

#### Anlagen

1. Anlage 1 zur Vereinbarung nach dem SGB II und SGB XII
2. Anlage 2 zur Vereinbarung nach dem SGB II und SGB XII
3. Foliendruck zur Vorstellung des Arbeitsmarktprogramms
4. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Kreis Unna 2012

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Scholz

Schriftführerin